

## Lebensmittelverschwendung verringern

Eine gesunde und abwechslungsreiche Ernährung ist ein Grundbedürfnis. Vielen Berlinerinnen und Berlinern wird zunehmend bewusst, wie wertvoll Lebensmittel sind. Die massenhafte Entsorgung von Lebensmitteln dagegen ist eine Verschwendung, die unserem Anspruch an Nachhaltigkeit nicht gerecht wird. Nicht nur Energie wird aktuell immer knapper und teurer, sondern auch viele andere Ressourcen. Für viele Menschen ist die Verteuerung von Lebensmitteln besonders schmerzlich spürbar. Sie können sich viele Produkte nicht mehr leisten. Gleichzeitig wollen wir damit denjenigen helfen, die Unterstützung am dringendsten benötigen. Niemand soll und darf in Berlin hungrig bleiben.

Gleichzeitig werden aus den unterschiedlichsten Gründen jedes Jahr rund 78 Kilogramm Lebensmittel pro Person in deutschen Privathaushalten weggeworfen. Zu große Mengen beim Einkauf, zu viel gekocht oder einfach die offene Verpackung im Kühlschrank vergessen. Auch in Kantinen und Restaurants fallen vermeidbare Lebensmittelabfälle an. In Berliner Schulen müssen bestellte und nicht abgeholte Mittagessen aus hygienischen Gründen entsorgt werden. Das EU-Lebensmittelrecht setzt hohe Standards und Anforderungen an Hygiene und Lebensmittelsicherheit. Hierdurch kommt es jedoch auch zu großen Unsicherheiten bei Gastronomen und Supermärkten, die gerne Lebensmittel spenden würden, dies jedoch angesichts möglicher Verstöße und drohender Strafen unterlassen. Es braucht daher Lösungen, wie diesen Unternehmen die Abgabe von brauchbaren Lebensmitteln an gemeinnützige Organisationen und Einrichtungen, wie den Tafeln, erleichtert werden kann.

Um Lebensmittelabfälle zu verringern und das UN-Nachhaltigkeitsziel zu erreichen, bis zum Jahr 2030 die Menge an entsorgten Lebensmitteln zu halbieren, ist ein entschlossenes Handeln notwendig. Hierzu zählt jedoch ausdrücklich nicht, durch Straßenblockaden und andere Drangsalierungen zehntausende Menschen in ihren Freiheiten einzuschränken oder durch Sachbeschädigungen an Regierungsgebäuden vermeintlichen Druck ausüben zu wollen. Diesen Weg, den die Mitglieder der Gruppe "Letzte Generation" zum Unverständnis vieler Menschen gewählt haben, lehnen wir als CDU-Fraktion Berlin entschieden ab.

Stattdessen sollte Berlin die folgenden Maßnahmen, auch durch bundes- oder europapolitische Initiativen, ergreifen:

- Wir regen ein Zertifizierungssystem für den verantwortlichen Umgang mit Lebensmitteln an. Einzelhändler, die sich an die Vorgaben halten, erhalten ein Nachhaltigkeitsprüfsiegel des Landes Berlin, mit dem sie werben können. Auf diese Weise können Verbraucher erkennen, welche Einzelhändler verantwortungsvoll und nachhaltig mit Lebensmitteln umgehen und das durch ihr Konsumverhalten entsprechend honorieren.
- Förderung von verpackungsfreien Lebensmitteln. Oft sind die angebotenen Verpackungsgrößen z.B. für Single-Haushalte ungeeignet, wodurch Lebensmittel nicht vollständig aufgebraucht und folglich weggeworfen werden. Dieses Thema hat aufgrund der Haushaltsgrößen in Berlin eine besondere Bedeutung.
- Überprüfung und Anpassung von Angaben zum Mindesthaltbarkeitsdatum. Noch zu häufig wird das Mindesthaltbarkeitsdatum als Zeitpunkt gesehen, ab dem Lebensmittel ungenießbar sind. Viele Lebensmittel jedoch sind auch noch weit über diese Angabe hinaus uneingeschränkt nutzbar. Eine Ergänzung der Angabe nach norwegischem Vorbild ("mindestens haltbar bis, aber nicht schlecht nach") und der Verzicht der Angabe bei unverderblichen Lebensmitteln können vermeidbare Lebensmittelabfälle deutlich reduzieren.
- Haftungserleichterungen für Lebensmittelspenden können Gastronomen, Kantinen und Supermärkten dazu bewegen, brauchbare Lebensmittel zu spenden, statt zu entsorgen. Wer in redlicher Absicht als Unternehmen spendet, für den soll unter Berücksichtigung des Lebensmittelrechts das Risiko zivil- und strafrechtlicher Haftung begrenzt sein.
- Auch Steuererleichterungen können für die genannten Unternehmen den Weg zur Lebensmittelspende erleichtern. Wir regen deshalb an, steuerliche Anreize für die Abgabe von noch verzehrbaren Lebensmitteln, deren Mindesthaltbarkeitsdatum bereits (kurzfristig) abgelaufen ist, zu prüfen.
- Ernährungskompetenz und Bewusstsein für den Wert von Lebensmitteln gehört in die Mitte unserer Gesellschaft. Die Ernährungsbildung muss in allen Altersgruppen gestärkt werden. Wir halten es deshalb für sinnvoll, diese Kompetenzen durch unterschiedliche Maßnahmen, zum Beispiel durch gemeinsames Gärtnern

- oder Kochen, zu stärken. Ebenso sollte auch eine mögliche "Woche der Verantwortung" an allen Berliner Bildungseinrichtungen eingeführt werden.
- Sensibilisierung der Verbraucher bereits beim Einkaufen und Aufklärung z.B. über durchschnittliche Verbrauchsmengen pro Person im Haushalt, um den Kauf von überflüssigen Nahrungsmitteln und somit vermeidbare Lebensmittelabfälle zu verringern. Durch bewusstes Einkaufen sparen die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht nur unnötige Abfälle, sondern bei jedem Einkauf bares Geld.
- Wir wollen prüfen, wie wir Food Sharing-Organisationen wie auch Lebensmitteltafeln bei Bedarf durch Förderprogramme des Landes gezielter unterstützen können. Hier müssen neben karitativen Einrichtungen auch andere innovative Initiativen mitbedacht werden, die etwa mithilfe von digitalen Anwendungen übriggebliebene Lebensmittel weiterverteilen.
- Ebenfalls regen wir eine Verpflichtung von landeseigenen Kantinen und Mensen an, übrig gebliebenes Essen zur Mitnahme anzubieten oder die Abgabe an gemeinnützige Organisationen, wie die Tafeln, abzugeben.

Bei der Erstellung unserer Maßnahmen haben wir besonders darauf geachtet, dass sie entsprechend des wichtigen Themas, sachbetont und machbarkeitsorientiert Lösungen zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung in Berlin aufzeigen. Die Begleitung dieses Themas hat für uns auch in Zukunft eine hohe Priorität, da ein Großteil der Lebensmittelverschwendung nun mal in Städten passiert. Eine nachhaltige Metropole wie Berlin sollte deshalb im Kampf gegen Lebensmittelverschwendung eine Führungsrolle einnehmen. Wir wollen weg von der Wegwerf-, hin zu einer Verwertungsmetropole.

